

# DER ROTE BÖRSENKRACH



NACHRICHTEN AUS LEHRE, INDUSTRIE UND FINANZ

Sommersemester 77  
NUMMER 6 April

## TUCHTFELDT-DOKUMENTATION DOKUMENTATION EINER BLAMAGE =====

Am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Universität Wien ist eine Professur für Volkswirtschaftspolitik zu besetzen (Nachfolger von Prof. Pütz). Als Kandidat für diesen Posten ist nur mehr einer im Rennen: Prof. Egon Tuchtfeldt, derzeit Universität Bern. Er steht gerade in Verhandlungen mit dem Wissenschaftsministerium, um letzte Gehaltsfragen zu klären. Von Seiten dieses Ministeriums, der Professoren und des Betroffenen wird er als so gut wie berufen angesehen.

Die folgende Dokumentation soll eine andere Sichtweise eröffnen: daß jemanden wie Tuchtfeldt zu berufen schlicht untragbar ist.

Dokumentiert wird im folgenden ein Gespräch zwischen Tuchtfeldt und 25 - 35 Ökonomie-Studenten, das am Nachmittag des 29. März 1977 im Dekanat der SOWI-Fakultät stattfand. Mit Studenten in einem Hörsaal zu diskutieren hatte Tuchtfeldt

abgelehnt. Er wird schon gewußt haben warum, er wollte, möglichst wenig Studenten an diesem Gespräch teilnehmen können. Besonders phantasievoll war Tuchtfeldts erster Vorschlag für einen Diskussionsort: der Vorraum des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts, d.h. 3 - 4 Sitzplätze und ständige Störung der Diskussion durch Aus- und Eingehende.

### Blamage erster Teil

Erste Frage der Studenten: "Welches Interesse haben sie an einer Berufung nach Wien? Was gedenken Sie hier zu tun?"

Tuchtfeldt: "Das ökonomische Institut der Universität Wien hat eine lange berühmte Tradition. Besonders reizt mich an einer Berufung nach Wien, daß diese Stadt - anders als Bern - ein vielfältiges Kulturangebot hat. Ich denke hier an Oper, Theater. Alles Sachen, die mir Bern nicht bieten kann. Ich werde hier Allgemeine Wirtschaftspolitik vorzutragen haben. Wie in Bern werde ich das Lehrbuch von Pütz meiner Lehrtätigkeit zugrundelegen."

Student: "Sie wissen, daß Wirtschaftspolitik der Kenntnis und der Berücksichtigung a) der ökonomischen Struktur und b) des institutionellen Rahmens des betreffenden Landes bedarf. Da sie in Österreich Wirtschaftspolitik lehren wollen, interessiert uns, was sie darüber wissen, Ad a): Österreich unterscheidet sich von allen westlichen Industrienationen - und vor allen von der Schweiz - durch einen großen verstaatlichten Sektor. Können sie die Größe dieses Sektors in etwa quantifizieren?"

Tuchtfeldt: "Ich bin überfragt."

Erstaunte Studentengesichter; darauf Tuchtfeldt: "Ich bitte sie zu berücksichtigen, daß ich zwei Jahre nach meiner Übersiedlung von Deutschland nach Bern bereits begonnen habe, über schweizerische Wirtschaftspolitik zu publizieren. Ich werde mir über Österreich natürlich dieses Wissen auch aneignen."

Student: "Haben sie damit schon begonnen? Und wenn ja, mit welcher Literatur?"

Tuchtfeldt: "Ja, ich habe mir heute bereits 'Die Presse' gekauft."

Student: "Zurück zur Frage nach der Größe des verstaatlichten

Sektors in Österreich. Können sie dazu keine wie immer geartete Antwort geben?"

Tuchtfeldt: "Eigentlich nein. Ich weiß nur, daß er sehr groß ist. So ca. 40%."

Kommentar: Ausgedrückt als Anteil der unselbständig Beschäftigten (ohne pragmatisierte Beamte) umfaßt der öffentliche Sektor in Österreich etwa 20%. Quelle: A. Franz, Öffentliche Unternehmen statistisch untersucht, Gemeinwirtschaft 5/1975, p.8.

Student: "Vielleicht wissen sie mehr über den institutionellen Rahmen, in dem in Österreich Wirtschaftspolitik gemacht wird. Die Sozialpartnerschaft ist jene Institution, die die Rahmenbedingungen der österreichischen Wirtschaftspolitik am stärksten von denen anderer westlicher Industrienationen unterscheidet. Da sie in Österreich Volkswirtschaftspolitik lesen wollen, bitten wir sie, daß sie uns erzählen, was sie darüber wissen. Speziell interessiert uns, was sie über die Paritätischen Lohn- und Preiskommissionen wissen."

Tuchtfeldt: "Ja, auch da kann ich ihnen leider gar nichts sagen. Aber ich werde Allgemeine Wirtschaftspolitik zu lesen haben, daher werde ich vor allem - wie in Bern - das Lehrbuch von Pütz vortragen. Das übrige - wie schon gesagt - werde ich mir noch aneignen. Daß ich guten Willens bin, sehen sie an den Zeitschriften, die ich mir heute am Kiosk gekauft habe: das 'Neue Forum' und 'Die Zukunft'." (Tuchtfeldt zieht beide aus seiner Aktentasche und zeigt sie her.)

Student: "Das Buch von Pütz können die Studenten allein auch lesen. Damit sie es uns vorlesen, dazu braucht man sie nicht nach Wien zu berufen."

Tuchtfeldt schweigt und versucht charmant zu lächeln.

#### Blamage zweiter Teil

Student: "In der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 24. 9. 1976 wird ein Vortrag wiedergegeben, den sie vor der 'Gesellschaft zur Förderung der schweizerischen Wirtschaft' gehalten haben. Darin - ich zitiere - meinten sie, 'daß aus liberaler Sicht... eine nachhaltige Schlankheitskur für den öffentlichen Sektor' notwendig werde, daß 'die zunehmende fiskalische Belastung... immer mehr zur..mißbräuchlichen..Wirtschaftssteuerver-

wendet werde'; sie 'befürchtete<sup>(4)</sup> dabei sogar, daß einer der ... Wege nach Moskau über Stockholm führe', 'da überall schon Wühler am Werk seien, um die freiheitliche Ordnung zu untergraben'. Sie sagten dort: 'Die Hochkonjunktur nach dem Zweiten Weltkrieg habe wohl auf vielen Gebieten ungeahnte Verbesserungen gebracht, doch sei die freiheitlich-demokratische Ordnung in bedenklichem Maß in ihrer Substanz ausgehöhlt worden.' Da dieser Vortrag offenbar ihr wirtschaftspolitisches Credo ausdrückt, dürfen wir sie bitten, dazu kommentierend Stellung zu nehmen."

Tuchtfeldt: "Sehen sie, diesen Vortrag habe ich nicht als Wissenschaftler gehalten. Man muß doch trennen zwischen meiner wissenschaftlichen Arbeit und meiner Vortragstätigkeit. Die Grenze zwischen wissenschaftlicher und außerwissenschaftlicher Tätigkeit können sie aus meinem Literaturverzeichnis ansehen, das sie ja haben. Zeitungsartikel und Vorträge habe ich nicht aufgenommen, da sie keine wissenschaftliche Literatur darstellen."

Student: "Gibt es etwa zwei Tuchtfeldts: einen, der Wissenschaftler ist, und einen, der unwissenschaftliche Vorträge hält? Oder sind sie schizophren?"

Tuchtfeldt ärgerlich: "Nein. Aber natürlich richtet man sich bei jedem Vortrag nach dem Publikum. Die Leser der NZZ etwa sind andere als die Studenten die hier sitzen."

Studentischer Zwischenruf: "Ihr Pech war nur, daß wir auch die NZZ lesen."

Student: "Heißt das, daß sie sich immer nach der Meinung ihrer Zuhörer bzw. Leser richten? Halten sie das für wissenschaftliche Redlichkeit oder für Opportunismus?"

Tuchtfeldt schweigt und versucht charmant zu lächeln.

Tuchtfeldt nach kurzer Pause: "Außerdem hat diesen Artikel in der NZZ einer meiner ehemaligen Studenten geschrieben, der bei mir durchgefallen ist. Von so jemandem dürfen sie keine korrekte Wiedergabe meines Vortrages erwarten."

Student: "Trotzdem haben sie in diesem Vortrag offenbar Äußerungen über ihr Demokratieverständnis gemacht. In der NZZ liest sich das so: 'Das unterschiedliche Demokratieverständnis, das in immer stärkerem Maße die politischen

Debatten durchziehe, müsse korrigiert werden, weil 'mehr Demokratie' nicht zu 'mehr Freiheit' führe, sondern zu mehr Konflikten, mehr Bürokratie, mehr Ideologisierung und Politisierung und letztlich zu weniger Rationalität.' Würden sie uns - aus erster Hand - Einiges über ihr Verständnis von Demokratie mitteilen, damit wir durch die NZZ kein falsches Bild von ihnen bekommen?"

Tuchtfeldt: "Ich bin ein Anhänger des Rechtsstaates."

Student nach Pause, in der alle Zuhörer von Tuchtfeldt Tiefschürfenderes erwarten: "Ist ja klar, andernfalls säßen sie im Hafen. Übrigens sind wir das auch."

Anderer Student: " Sind sie ein Befürworter des UOG?" (=Universitätsorganisationsgesetz)

Tuchtfeldt: "Da es ein normal zustande gekommenes Gesetz ist, bin ich - als Anhänger des Rechtsstaates - für das UOG. Ich habe es mir sogar schon gekauft." (Er zieht es aus seiner Aktentasche und zeigt es herum.)

Student: "Auf die Berufungsliste wurden sie aber von der Juridischen Fakultät vor Inkrafttreten des UOG gesetzt. D.h. nicht durch einen Beschluß der SOWI-Fakultät, die es seit Inkrafttreten dieses Gesetzes gibt und in der daher Studenten Mitbestimmungsrechte haben, sind sie auf die Berufungsliste gekommen. Ihre Berufung, falls sie zustande kommt, würde daher ohne Mitbestimmung der Studenten erfolgen, obwohl sie in eine Zeit fiele, in der das UOG gilt. Wie vereinbaren sie das mit ihrem Demokratieverständnis? Und würden sie unter diesen Umständen nicht für eine gänzliche Neuaufnahme ihres Berufungsverfahrens eintreten?"

Tuchtfeldt: " Das ist mir nicht bekannt. Davon weiß ich nichts, daher kann ich dazu nicht Stellung nehmen."

Student: "Sollte die Mehrheit der Studenten am wirtschaftswissenschaftlichen Institut ihre Berufung ablehnen, würden sie diese dennoch annehmen?"

Tuchtfeldt: "Die Professoren waren es, die mich berufen haben. Und außerdem, was verstehen sie unter 'Mehrheit der Studenten'?"

Student: "Die im UOG in studentischen Belangen angegebenen Quoren."

Tuchtfeldt: "Wahrscheinlich würde ich mich dann darüber informieren, was die Gründe dieser Ablehnung sind; z.B. Verwechslungen bei den Studenten zwischen meinen wissenschaftlichen und außerwissenschaftlichen Tätigkeiten."

Student: "Und was würden sie nach Prüfung dieser Gründe tun?"

Tuchtfeldt: "Die Studenten haben mich ja noch nicht abgelehnt."

Student: "Bei der Frage handelt es sich um einen irrationalen Konditionalsatz. Die Conditio lautet: Gesetzt den Fall, sie würden berufen werden, und gesetzt den Fall, die Studenten würden sie mit der oben angegebenen Mehrheit ablehnen. Unter dieser Bedingung lautet unsere Frage: Was würden sie dann tun?"

Tuchtfeldt gibt keine Antwort und versucht charmant zu lächeln.

Student: "In der NZZ vom 30. 10. 1976 wird ein anderer Vortrag von ihnen wiedergegeben. Sie hielten ihn auf einer Veranstaltung des Redressement National, eines schweizerischen Unternehmerverbandes. Die NZZ gibt diesen Vortrag u.a. so wieder: 'Prof. Tuchtfeldt (richtete sich)... gegen die weitere Unterwanderung der Marktwirtschaft'; 'optimale Ressourcenallokation (ist) nur unter möglichst frei arbeitenden Marktbedingungen möglich'; 'dem privaten Subsystem (sollten) alle Aufgaben überlassen werden, die es billiger und besser erledigen kann. - Dies sind nach Prof. Tuchtfeldt ziemlich alle Gebiete außer der Landesverteidigung und dem Justizwesen.' Falls diese Wiedergabe ihres Vortrages wiederum eine böswillige Verdrehung darstellt, warum haben sie in keinem der beiden Fälle von der NZZ eine Richtigstellung verlangt?"

Tuchtfeldt: "Ich habe so viele Erfahrungen gemacht, daß ich bei Dementis selektiv vorgehe. Ich habe vor allem die Erfahrung gemacht, daß es völlig zwecklos ist, etwas zu dementieren."

Student: "In der 'Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung', Nr.42/76 ist unter ihrem Namen ein Artikel mit dem Titel 'Wie frei ist unsere Marktwirtschaft?' erschienen. Wenigstens die Aussagen dieses Artikels dürfen als die ihren betrachtet werden..."

Tuchtfeldt unterbricht: "Nein. Es handelt sich dabei um einen Vortrag von mir, der - ohne mein Wissen - auf Tonband aufgenommen und veröffentlicht wurde. Ich habe von der 'Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung' nicht einmal ein Autorenexemplar bekommen."

Student: "Um dieses sinnlose Spiel - Alles was Tuchtfeldt gesagt haben soll, hat er nicht gesagt - zu beenden, dürfen wir sie bitten, uns ihre Originalmanuskripte der drei erwähnten Vorträge zur Verfügung zu stellen?"

Tuchtfeldt: "Nein, das geht leider nicht. Ich habe alle Vorträge ohne Unterlage gehalten."

Student: "Das ist unglaublich."

Tuchtfeldt läßt den Vorwurf schweigend auf sich sitzen und versucht charmant zu lächeln.

Kommentar: In diesem Fall dürfte es sich um eine glatte Lüge von Tuchtfeldt handeln. Solange uns Tuchtfeldt seine Originalmanuskripte nicht zur Verfügung stellt, werden wir die in der NZZ und in der "Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung" wiedergegebenen Äußerungen als Äußerungen Tuchtfeldts verstehen und verwenden. Der Aufsatz aus der "Schweizerischen Arbeitgeber-Zeitung" ist wiederabgedruckt in: "Der Unternehmer" 1/77, p.45 (Nachzulesen am besten in der Bibliothek des wirtschaftswissenschaftlichen Instituts).

### Blamage dritter Teil

Student: "Nachdem ihre Stellungnahmen zu ihrer außerwissenschaftlichen Tätigkeit so unbefriedigend blieben, wollen wir sie Einiges zu ihren wissenschaftlichen Tätigkeiten fragen. Die Herausgabe des Buches 'Soziale Marktwirtschaft im Wandel', Freiburg 1973, dürfen wir diese dazu rechnen?"

Tuchtfeldt: "Ja."

Student: "Für diesen Sammelband verfaßten sie neben dem Vorwort auch den Artikel 'Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung'. Sie stellen dort - auf Seite 185 ff. - zwei alternative wirtschaftspolitische Konzepte einander gegenüber: die 'keynesianische Botschaft' und den 'Freiburger Imperativ'. Wie sie wissen, hat Österreich die Rezession 1974/75 besser als andere westliche Industriestaaten über-

standen - besser vor allem als die Schweiz und die BRD. War diese österreichische Entwicklung - ihrer Meinung nach - durch eine Wirtschaftspolitik bedingt, die der keynesianischen Botschaft folgte, oder durch eine, die dem Freiburger Imperativ verpflichtet war?"

Tuchtfeldt: "Die österreichische Wirtschaftspolitik war deshalb so günstig, weil sie einen Kompromiß gefunden hat zwischen Freiburger Imperativ und keynesianischer Botschaft."

Student: "Welche Momente des Freiburger Imperativs sehen sie in der österreichischen Wirtschaftspolitik dieser Jahre wirklich?"

Tuchtfeldt: "Keine."

Studenten: ????

Student: "Aber bei einem Kompromiß sind doch immer beide Seiten beteiligt. Wenn sie also sagen, daß die österreichische Wirtschaftspolitik einen glücklichen Kompromiß zwischen Freiburger Imperativ und keynesianischer Botschaft darstellte, dann müssen sie doch angeben können, in welcher Weise die österreichische Wirtschaftspolitik dem Freiburger Imperativ folgt."

Tuchtfeldt gibt keine Antwort. Wie immer versucht er statt dessen charmant zu lächeln.

Student: "Worauf führen sie dann die günstige Konjunkturentwicklung der letzten Jahre zurück?"

Tuchtfeldt: "Als erste Ursache dafür ist die rechtzeitige Einführung der 40-Stunden-Woche in Österreich zu nennen. Dann wurde eine interessante Geldpolitik betrieben, indem Österreich nicht der Schlange beigetreten ist, sich aber dennoch schlangenkongform verhalten hat."

Student: "In der Schweiz wurde 1976 ein Volksbegehren zur Einführung der 40-Stunden-Woche durchgeführt. Da sie der rechtzeitigen Arbeitszeitverkürzung so große Bedeutung für die Konjunkturentwicklung beimessen, dürfen wir sie fragen, ob sie sich - wissenschaftlich oder außenwissenschaftlich - für die Einführung der 40-Stunden-Woche in der Schweiz ausgesprochen haben?"

Tuchtfeldt: "Nein, das habe ich nicht getan."

Student: "Warum nicht?"

Tuchtfeldt: "Die Schweizer schätzen es nicht, wenn sich Ausländer in ihre politischen Angelegenheiten einmischen. Daher habe ich keine Stellungnahme abgegeben."

Student: "Aber sie sind doch Professor für Wirtschaftspolitik, und die Frage fällt in das Gebiet der Wirtschaftspolitik. Ihre Antwort erstaunt umso mehr, als sie selbst vorher sagten, daß sie bereits nach zweijährigem Aufenthalt in der Schweiz über wirtschaftspolitische Probleme dieses Landes zu publizieren begonnen haben."

Tuchtfeldt schmolzt und verweigert wieder einmal die Antwort.

Student: "In dem Vortrag, den die NZZ am 24. 9. 1976 wiedergab und dessen Originalmanuskript sie sich weigern zur Verfügung zu stellen, haben sie aber ganz massiv zu politischen Angelegenheiten der Schweiz Stellung genommen. Dort steht: 'Prof. Tuchtfeldt führte die (wuchernde staatliche) Bürokratisierung weitgehend auf den typisch schweizerischen Pragmatismus zurück, der die ordnungspolitischen Grundsätze verwische und mehr oder weniger ziellos unter der Flagge einer 'problemorientierten Politik' segle.' Und zu fordern, wie ebenfalls in der NZZ nachzulesen ist, das 'Demokratieverständnis... müsse korrigiert werden', macht ihre Strategie der Nichteinmischung in schweizerische Angelegenheiten noch unglaublicher."

Tuchtfeldt: "Das ist doch ganz allgemein formuliert. Ich würde mich hüten, in Zeitungen konkrete Dinge zu schreiben."

Kommentar: Tuchtfeldt hat in der Zwischenzeit vergessen, daß er vorher gar nicht gesagt haben wollte, was in der NZZ als sein Vortrag wiedergegeben ist.

Student: "Daß es zu keinen Entlassungen im verstaatlichten Sektor kam, war ein Hauptgrund der niedrigen Arbeitslosigkeit in Österreich während der Rezession 1974/75. Es gab für den verstaatlichten Sektor ein politisches Entlassungsverbot. Wie beurteilen sie diese wirtschaftspolitische Maßnahme?"

Tuchtfeldt: "Als problematisch. Es ist doch so, daß man bei Strukturwandel, wenn sich die Nachfrage ändert, dem Rechnung tragen muß."

Student: "Halten Sie die schweizerische Wirtschaftspolitik für weniger problematische? Können Sie bei der Beantwortung dieser Frage auch dazusagen, wieviel Gastarbeiter in der Schweiz abgebaut wurden?"

Tuchtfeldt: "150 000".

Student: "Und das halten Sie für erfolgreiche Wirtschaftspolitik?"

Tuchtfeldt: "Nein. Das ist Folge eines fundamentalen Fehlers der Wirtschaftspolitik, der viel früher begangen worden war. Er hatte darin bestanden, die Gastarbeiter überhaupt erst einmal hereinzulassen. Im 'Wirtschaftsdienst' 1963 oder 1964 habe ich darüber einen Artikel geschrieben, in dem ich die deutschen Instanzen zu warnen versucht habe, den selben Fehler wie die Schweiz zu begehen. Hätte man die Gastarbeiter nicht hereingelassen, wäre die Schweiz gezwungen gewesen zu rationalisieren."

Student: "Das verstehe ich nicht. Einerseits plädieren Sie für die Ausdehnung des marktwirtschaftlichen Kalküls auf 'ziemlich alle Gebiete außer der Landesverteidigung und dem Justizwesen' (NZZ, 30. 10. 1976) und meinen, daß 'eine optimale Ressourcenallokation nur unter möglichst frei arbeitenden Marktbedingungen möglich ist' (ebd.). Andererseits argumentieren Sie jetzt - wie 1963 oder 1964 - für eine staatliche Beschränkung der Mobilität des Faktors Arbeit."

Tuchtfeldt: "Wenn Sie meine Aufsatz über Adam Smith lesen, stellt sich das ganz anders dar."

Student: "Wollen Sie das jen en, die ihn nicht gelesen haben, erklären?"

Tuchtfeldt: "Ja, mein Bekenntnis ist ganz einfach: Man soll dem Markte geben, was des Marktes ist, und dem Staat, was des Staates ist."

Student: "Und woher weiß man das?"

Tuchtfeldt: "Das heißt, daß politisch zu entscheiden ist, was wem zusteht; als Ökonom hat man diese Entscheidung zur Kenntnis zu nehmen."

Student: "Wie können Sie dann als Ökonom 'eine nachhaltige Schlankheitskur für den öffentlichen Sektor' (NZZ, 24. 9. 1976) befürworten? Als Ökonom haben Sie doch - nach Ihrem Konzept - politische Entscheidungen zu akzeptieren?"

Tuchtfeldt schweigt und versucht charmant zu bleiben.

Blamage vierter Teil

Student: "Was halten sie von Keynes?"

Tuchtfeldt: "Keynesianische Wirtschaftspolitik war notwendig zur Zeit der Weltwirtschaftskrise."

Student: "Wie beurteilen sie die Wertbasis von Keynes? Als zweifelhaft etwa?"

Tuchtfeldt: "Als linksliberal."

Student: "Ist diese Wertbasis von ihrem Standpunkt aus akzeptabel?"

Tuchtfeldt: "Darauf gebe ich keine Antwort."

Student: "Was halten sie von Homosexuellen?"

Tuchtfeldt: "Ich meine, solange sie andere in Ruhe lassen und keine Minderjährigen verführen, kann man wenig gegen sie haben."

Student: "Man muß den Zuhörern hier und Tuchtfeldt die Verbindung der beiden Fragen -- nach Keynes und nach Homosexualität -- erklären. Tuchtfeldt schreibt auf Seite 186 seines Aufsatzes in dem von ihm herausgegebenen Buch 'Soziale Marktwirtschaft...' in Fußnote 36, 'daß Keynes ein oberflächlicher Denker mit zweifelhafter Wertbasis war'. Diese Behauptung -- so schreibt Tuchtfeldt weiter -- 'wurde neuerdings auch von F. A. von Hayek, Die Irrtümer des Konstruktivismus (München/Salzburg 1970), S.32 betont.' Ließt man bei Hayek an diese Stelle nach, lernt man des Nobelpreisträgers Qualitäten -- und seines Nachbeters Tuchtfeldt -- erst richtig schätzen: Äußerungen von Keynes hätten für Hayek 'an allgemeiner (!) Bedeutung verloren... seit M. Holroyd in 'Lytton Strachey' (1967 und 1968) gezeigt hat, daß die meisten Mitglieder der Gruppe, von der Keynes sprach, einschließlich seiner selbst, homosexuell waren'. Herr Tuchtfeldt, wie würden sie uns diesen ihren -- und Hayeks -- Gossenjournalismus auf dem Niveau der Bild-Zeitung erklären?"

Tuchtfeldt: "Ich kann doch eine Auffassung, die bei einem Mann wie Hayek besteht, wiedergeben."

Student: "Dennoch halten wir ihre Aussagen nicht für wissenschaftliches Argumentieren sondern für miesesten Gossenjournalismus."

Tuchtfeldt: "Fußnoten kann man doch nicht so genau nehmen."

Student: "Welch Argumente von Tuchtfeldt bleiben eigentlich, die genau genommen werden dürfen? Weigstens jenes, daß Keynes ein oberflächlicher Denker war?"

Tuchtfeldt: "Das hat ja Hayek gesagt, und ich habe ihn nur zitiert."

Student: "Nein, das hat Tuchtfeldt gesagt." (Student reicht Tuchtfeldt das Buch mit dem von ihm verfaßten Aufsatz und macht ihn darauf aufmerksam, daß Sätze ohne Anführungszeichen dem Autor zurechnen sind.)

Tuchtfeldt: "Ja, das stammt von mir."

Student: "Und wie begründen sie wissenschaftlich - und nicht auf dem Niveau von Gossenjournalismus - das Urteil über den oberflächlichen Denker Keynes?"

Tuchtfeldt schweigt, aber versucht trotzdem charmant zu lächeln.

Der Blamage vorläufig letzter Teil

Student: "Können sie Englisch?"

Tuchtfeldt: "Selbstverständlich."

Student: "Wie erklären sie es dann, daß sie in dem oben behandelten Aufsatz die 'General Theory' von Keynes nach der deutschen Übersetzung zitieren. Nach einer Übersetzung, die unter allen halbwegs ernst zu nehmenden Ökonomen als völlig unbrauchbar gilt?"

Tuchtfeldt: "Weil sich der Aufsatz - wie das ganze Buch - an deutschsprachige Leser richtet, deren Kreis über Fachleute hinausgeht."

Student: "In ihrem A. Smith-Aufsatz zitieren sie 'The Wealth of Nations' nach der 'Übertragung' ins Deutsche durch Recktenwald. Auch diese Übersetzung gilt - spätestens seit dem Aufsatz von Monika Streißler in der 'Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft' 4/76 - unter ernst zu nehmenden Ökonomen als völlig unbrauchbar. Daher nochmals die Frage, können sie Englisch?"

Tuchtfeldt: "Dieser Aufsatz ist mir erst nach der Fertigstellung meiner A. Smith-Arbeit bekannt geworden."

Student: "Ihnen selbst ist vor der Lektüre dieses Aufsatzes nicht aufgefallen, daß die 'Übertragung' von Recktenwald unbrauchbar ist?"

Tuchtfeldt: "Nein".

Student: "Dürfen sie um ein Schlußwort bitten."

Tuchtfeldt: "Die Fragen waren ja recht hart. Ich weiß nicht, ob sie immer in dem Sinne waren, wie ich sie gestellt hätte, wenn ich an ihrer Stelle gesessen wäre. Ich habe genug geschrieben über Zielbeziehungen in der Wirtschaftspolitik und über Nebenwirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, was über Jahrzehnte Bestand hat. Hieran müssen sie Wissenschaftler messen."

### WÄHLER MACHT EUCH EURE PLAKATE SELBER !!!!!

Dem RBK-Leser ist der Hochschülerschaftswahlkampf sicher schon zur Qual geworden - man wird mit Aktivitäten der politischen Gruppen überhäuft, ohne selbst mittun zu können. Das Einzige was an eigener Tätigkeit erlaubt ist, ist das Kreuzermachen am Wahltag. Bis dahin muß man die vielen (teuren!) ÖSU- und JES-Plakate über sich ergehen lassen, die man noch dazu so schwer herunterreißen kann. Wir wollen den Wahlkampf anders führen!!!

Wir wollen wieder einmal eine Trennung aufheben - die von Wählenden und Gewählten. Wir laden daher alle RBK-Leser und alle Sympathisanten der linken Liste ein, gemeinsam mit uns Plakate zu schreiben. Benutzt die Gelegenheit, KREATIV zu sein!!! Sie ist im Kapitalismus ohnehin schon selten genug. Wir stellen Papier und Filzstifte zur Verfügung. Wer seine Plakate in Öl, Tempera, Pastell- oder Aquarellfarben, Holz- oder Linolschnitt, Stahlstich oder Collage machen möchte, muß selber für Material sorgen.

1)

FÜNFTES  
INSTITUTS-TEACH-IN

I N D U S T R I E P O L I T I K

Gemeinsam mit dem VSSTÖ

Mittwoch, 20. April, HS. 29, 18<sup>h</sup>15

Referent: Hans Wehsely

Referatsunterlage: siehe RVW von dieser Woche

2) Weitere geplante Instituts-teach-ins:

Mittwoch, 27. April, HS. 29, 18<sup>h</sup>15:

EINKOMMENSVERTEILUNG IN ÖSTERREICH

Referent: Günther Chaloupek

Mittwoch, 25. Mai. HS. 29, 18<sup>h</sup>15:

IST ATOMENERGIE VOLKSWIRTSCHAFTLICH NOTWENDIG?

Referent: Harald Glatz

3) Freitag, 29.4., Albert-Schweitzer-Haus:

Diskussion:

ÖSTERREICH UND DIE ATOMENERGIE

(Genauere Ankündigung im nächsten Roten Börsenkrach)

ARENA-NACHLESE

Der Schlachthof, noch vor kurzem  
Tummelplatz asozialer Elemente,  
ist Schauplatz großartiger Leistungen  
unserer Bauarbeiter

Aus: Bau/Holz 4/77. Zeitschrift der Bau- und Holzarbeiter

Eigentümer, Verleger, Vervielfältiger, Herausgeber und für den  
Inhalt verantwortlich: Christine Goldberg, 1120 Spittelbreiten-  
gasse 30/21